

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Nödlitz, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kubshnapfel und Lirfchheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 15. 69. Jahrgang. Sonntag den 19. Januar. Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. 1919.

Dieses Blatt enthält 4-6 Spalten und ist täglich, nachmittags für den folgenden Tag, - Besondere Ausgaben 2 Bl. 70 Sp., durch die Post bezogen 2 Bl. 12 Sp. - Einzelne Nummer 10 Pf. - Beilagen nehmen die Verleger, Wilhelm Ober-Strasse 60, alle Verordnungen und Beschlüsse, sowie die amtlichen Beschlüsse mit 20, für auswärtige Besteller mit 25 Pf. berechnet. - Bestellungen Telegramm-Adresse: Tageblatt. Fernsprech-Nummer Nr. 7. Im amtlichen Teile kostet die Seite 45 Pf., für Anzeigen 75 Pf.

Neue unerhörte Forderungen der Entente!

Trier, 17. Januar. Nachhall noch stellt für die Verlängerung des Waffenstillstandes um einen Monat namens der Alliierten folgende Bedingungen: Als Strafe für die nichtangenehme Ablieferung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen müssen 500 Lokomotiven und 19000 Wagen geliefert werden (wovon 4000 für Eisenbahnwagen bestimmt sind). Da diese Forderung die Schwierigkeiten in Deutschland vermehren würde und andererseits durch die Nichtlieferung die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens in den alliierten Ländern behindert würde, sollen folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in gutem Zustande und mit den Serien der für einen Betrieb von 18 Monaten nötigen Ersatzteilen am 17. Februar geliefert werden: 400 Dampfzuggruppen, 6500 Säemotoren, 6000 Düngerverbreitmaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Brabantpflüge, 15500 Eggen, 6500 Messerwagen, 2500 Stahlpflüge, 2500 Dreschmaschinen, 2500 Grassämaschinen, 2500 Heuwender, 3000 Windmühlen. Diese Bedingungen sind unabhängig von der Rückerstattung der von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materialien. Ferner wird die Beiräumung der an der völkerrechtswidrigen Behandlung von Kriegsgefangenen Schuldigen verlangt. Eine Entente-Kommission mit Sitz in Berlin soll alle auf die russischen Kriegsgefangenen bezüglichen Fragen unmittelbar mit der Deutschen Regierung verhandeln und befreit sein. Die Heimbeförderung nach ihrem Ermessen anzuordnen. Als Garantie behält sich das militärische Oberkommando der Alliierten vor, wenn nötig, den durch die Befestigung des rechtsrheinischen Ufers gebildeten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländebereich von 5 bis 10 Kilometer vor diesen Befestigungen zu besetzen. Die in französischen oder belgischen Gebieten fortgenommenen Maschinenteile, Industriematerial und landwirtschaftliche Geräte usw., sollen, wenn die französische und belgische Regierung es verlangt, zurückerstattet werden, und es sollen vier Delegierte der französischen oder der belgischen Regierung die Festsetzung, betreffend die eingeführten Gegenstände in Deutschland, an Ort und Stelle, wenn zweckdienlich, vornehmen dürfen.

Die neuen Ententeforderungen abgelehnt!

Berlin, 17. Januar. Wie wir zuverlässig hören, haben sowohl das Reichswirtschaftsamt wie das Reichsernährungsamt die neuen Forderungen der Entente für die Verlängerung des Waffenstillstandes, soweit sie die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betreffen, für undurchführbar abgelehnt.

Zum Tode Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Die Berliner Presse befaßt sich eingehend mit dem Tode Rosa Luxemburgs (am 25. Dezember 1870 im Janost in Russisch-Polen geb.) und Karl Liebknechts (am 13. August 1871 in Leipzig geboren). Am erschöpfendsten gibt wohl die „Post. Ztg.“ die Beweggründe, die zu den Vorgängen führten, wieder, wenn sie erklärt:

Nicht daß gegen die Person, sondern Haß gegen die von ihnen geführte Bewegung habe ihr Ende herbeigeführt. Mit Recht hält allerdings die „D. Tageszeitung“ demgegenüber, daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht selbst es gewesen sind, die die Strafe gerufen, die die Instinkte entseufelten, denen sie nun schließendlich zum Opfer gefallen sind. Fast einstimmig wird in der Presse das Vorgehen der Menge gegen Rosa Luxemburg verurteilt, wobei darauf hingewiesen wird, daß gegenüber Liebknecht Rosa Luxemburg die große Idealistin und eine geistige Kava-

zität war, die allerdings in ihrer politischen Betätigung letzten Endes auf der Bahn des Zerfalls landete. Liebknecht wird von der Presse als ein von Eitelkeit getriebener Phantast hingestellt, der letzten Endes als geisteskrank bezeichnet werden muß.

Die „D. Tagesztg.“ bezweifelt, daß die bolschewistische Bewegung durch das Ende der beiden Führer nun auch niedergebroschen werde. Demgegenüber erklärt die „Tägl. Rundschau“, daß die Bolschewisten in Deutschland, ihrer Führer endgültig beraubt, nunmehr nicht weiter wirken können. Mit Liebknecht stehe und falle die Bewegung, weil Deutschland nicht der Boden für bolschewistische Gedanken ist. Mit solchen Voraussetzungen muß man vorsichtig sein. Es kann auch anders kommen. Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, schiebt jedenfalls die Schuld an den Vorgängen der Regierung zu und betont, sie gehöre für ihre Zwecke aus. Die bürgerliche Presse aber ist einig in dem Urteil: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben eine schwere Schuld auf sich geladen, aber über ihre Strafe dürfte nur ein ordnungsmäßiges Gericht entscheiden, kein anständig empfindender Mensch billigt die von einer rasenden Menge ausgeübte Lynchjustiz.

Wachsende Kohlennot!

Berlin, 17. Januar. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung teilt mit: Nach den vorliegenden Meldungen hat sich die Lage hinsichtlich der Kohlenversorgung in gefährdender Weise verschlechtert. Die Transporte aus dem Ruhrbezirk reichen lediglich für die Versorgung der Eisenbahnen und der Gaswerke. Die Versorgung Süddeutschlands stockt nach wie vor. Im Osten hat die Industrie gleichfalls keine Kohlen mehr, da die Förderung in Oberschlesien keine Zunahme erfahren hat. Mitteldeutschland bietet ähnliche tröstliche Aussichten, da der normale Versand aus dem saarischen Braunkohlenrevier nach Berlin nicht mehr möglich ist. Die Versorgung der Industrie ist unregelmäßig. Kohlen diese Zustände führen, geht u. a. daraus hervor, daß gewisse chemische Erzeugnisse, die als Rohstoffe für eine große Reihe von Industrien benötigt werden, nicht mehr hergestellt werden können. Endlich - und das ist ein mindestens ebenso wichtiges Moment - ist Deutschland nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen gegenüber der Entente hinsichtlich der Kohlenlieferungen in vollem Umfang nachzukommen. An die Bergarbeiter ergeht daher der Ruf, zur Steigerung der Kohlenförderung nach Kräften beizutragen, damit unser Land vor schweren Schäden bewahrt bleibt.

Aus Nah und Fern

Lichtenstein, 18. Januar.

- * Die amtlichen Bekanntmachungen befinden sich in der heutigen Beilage!
- * Eine Besonderheit des Jahres 1919. Das laufende Jahr 1919 ist dadurch ausgezeichnet, daß die gesamte Christenheit, die evangelische, katholische, sowie griechische Kirche Ostern, Himmelfahrt und das Pfingstfest an ein und demselben Tage feiert. Dieses Zusammenreffen ist ja nicht gerade selten, wir hatten es 1906, 1909, 12, 15 und auch ferner im Jahre 1916. Vielleicht gelangen wir aber bald zu der vielfach erwarteten Festlegung des Osterfestes, wo für ja so viele Gründe sprechen.
- * Zu Stadträten gewählt wurden vom Stadtgemeinderat in Calluberg die Herren Julius Behme und Robert Hoyer.
- * Geldmarkt. Die neue 4prozentige Heibelberger Stadtschuld wird zum Kurse von 93 1/2% aufgelegt. Anmeldungen nimmt das Bankhaus Rabe & Co. in Senze, Abteilung Lichtenstein-C., Badergasse, kostenfrei entgegen.

* Die Kammerlichtspiele haben für heute und morgen im Mittelpunkt ihres Programms das ergreifende Drama „Der geigende Tod. Außerdem“ erweist ein zweifaches Lustspiel und fesselt zwei aktuelle Filme. Am Mittwoch und Donnerstag folgt das „Dreimäderhaus“.

* Thonfelds Lichtspieltheater bringt für heute und morgen den großartigen Schlager: „Die schloßende Maschine“. Das Lustspiel „Miete und Miete“ ist außerdem noch vorgesehen.

* Stimmzettel. Der heutigen Ausgabe liegt 1 Stimmzettel der Deutschen Demokratischen Partei bei, also Vite Brodau, Seyfert, Günther, Ende, Frau Schumann usw. Weitere Stimmzettel können morgen vor den betr. Wahllokalen in Empfang genommen werden. Und nun auf zur Wahl! Jede Stimme zählt! Auf zur Rettung des Vaterlandes vor Spartakus, vor neuem nationalistischem Rüstungswahn und Krieg! Tarum nur Zettel mit Brodau, Seyfert, Günther, Ende, Frau Schumann als erste Namen in Converts und Urne legen! -!

* Zum Verkauf von Ersatzlebensmitteln. In einem Teil der Presse ist behauptet worden, daß der Verkauf von Ersatzlebensmitteln solange erlaubt sei, bis die Nichtgenehmigung amtlich verkündet worden ist. Diese Auffassung der Rechtslage ist unzutreffend. In der Bundesratsverordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 Reichs-Gesetzblatt S. 113 ist ganz allgemein bestimmt, daß Ersatzlebensmittel nur verkauft werden dürfen, wenn sie von einer Ersatzmittelstelle genehmigt worden sind. Der Verkauf eines nichtgenehmigten Ersatzlebensmittels ist schlechthin verboten. Eine amtliche Verkündung der Nichtgenehmigung ist in der Verordnung bestimmt, daß jeder Händler, der Ersatzlebensmittel erwirbt, dies nur gegen Auslieferung einer Bescheinigung über die erfolgte Genehmigung, die auch durch einen Vermerk auf der Rechnung oder auf der Packung ersetzt werden kann, tun darf. Alle Beteiligten werden daher davor gewarnt, der obigen unzutreffenden Angabe Glauben zu schenken.

* Ein Banknotendiebstahl wurde in einer Gladbauer Diner ausgeführt. Es wurden in den letzten Tagen dort 191 Reichsmarktscheine, die die Nummern 129847-130046 tragen, entwendet. Es wird ersucht, bei Annahme von Reichsmarktscheinen in nächster Zeit etwas vorläufig zu sein, sich wenn möglich, aber von der Nummer zu überzeugen, damit der Täter auf diesem Wege vielleicht namhaft gemacht werden kann.

* Das Ende der J. E. G. Am 1. Januar sind alle die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland bearbeitenden Warenabteilungen der J. E. G. von den Geschäftsabteilungen der für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen übernommen worden, die als nunmehr alle die Lebensmittelzufuhr betreffenden Fragen zu bearbeiten haben. Damit hat die aktive Tätigkeit der J. E. G. aufgehört, und ihrer Zentralverwaltung verbleibt nur noch die Aufgabe, die Abwicklung der noch schwebenden Verbindlichkeiten herbeizuführen.

* Reise-Erlaubnischein. Es wird noch mehr darauf aufmerksam gemacht, daß den an die Eisenbahnbetriebsdirektionen gerichteten Gesuchen um Ausstellung von Reiseerlaubnischeinen in bestimmter Form auszuweisen, außer einem maßstabsgerechten Bild und einem Vermerk über die Rücksendung auch noch 25 Pf. Gebühren für den Schein beizufügen sind.

* Callberg. Gestohlen wurde am 8. Januar aus dem Amt des der Frau Anna Deser an der Lindenstraße gehörigen Kaufes ein starker Handwagen. Der Wagen ist mit neuen Leitern und neuer Schleife versehen und ist ein Hinterrad vorgebracht. Wer Wahrnehmungen über den Verbleib des Wagens machen kann, wolle das im hiesigen Polizeiamt tun. In

50 Pf. 9 Uhr. J. born. Karte A.